

25.09.2025 | Bildung

Anne Riecke zu TOP 39 "Schutz von Kindern und Jugendlichen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien"

In ihrer Rede zu TOP 39 (Schutz von Kindern und Jugendlichen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Soziale Medien sind ein fester Bestandteil im Alltag vieler – wenn nicht der meisten – Kinder und Jugendlicher. Auf Plattformen wie TikTok, Instagram und anderen werden junge Menschen immer früher mit problematischen Inhalten konfrontiert. Cybermobbing, Gewalt und Extremismus laufen den jungen Menschen dort inzwischen fast zwangsläufig über den Weg.

Ein Blick in die aktuelle ‚JIM-Studie‘ zum Medienverhalten Jugendlicher aus dem Jahr 2024 liefert hierzu alarmierende Zahlen:

- ▶ 61 % der Jugendlichen berichten, im letzten Monat mit Fake News konfrontiert worden zu sein,
- ▶ 43 % sind auf Verschwörungstheorien gestoßen,
- ▶ 25 % gaben an, unfreiwillig pornografische Inhalte gesehen zu haben,
- ▶ und 40 % hatten Kontakt mit sogenannter ‚Hate Speech‘, also öffentlichen Äußerungen, die sich gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen richten oder zur Gewalt gegen diese aufrufen.

Jede dieser Zahlen ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Das zeigt deutlich: Es besteht akuter Handlungsbedarf. Politik, Eltern und Schule sind gleichermaßen gefordert, hier endlich aktiv zu werden. Dass diese Aspekte auch beim Anstieg psychischer Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen eine Rolle spielen, liegt nahe. Eine gemeinsame Anhörung der zuständigen Ausschüsse kann dabei ein sinnvoller Schritt sein. Dennoch möchte ich anmerken, dass ich es zumindest kritisch sehe, wenn das Parlament einen solchen Beschluss für den Ausschuss trifft – darüber hinaus liefert der Antrag selbst kaum Substanz.

Zudem warne ich eindringlich davor, unter dem Deckmantel einer Anhörung im Nachhinein auf ein pauschales Social-Media-Verbot hinzuarbeiten. Wir wissen ja, dass es in der Landesregierung durchaus Sympathien für solche Verbote gibt und auch in der Begründung Ihres Antrags weisen Sie auf Länder hin, die derartige Verbote bereits eingeführt haben. Bevormundung und Verbotspolitik sind aber nicht der richtige Weg.

Ein solches Verbot ist in der Praxis ohnehin kaum umsetzbar: Schon heute wird bei der Anmeldung meist auf eine Selbstauskunft der Nutzerinnen und Nutzer zu ihrem Alter gesetzt. Und wenn ein Ausweis verlangt wird, greifen Jugendliche eben zum Ausweis der Eltern. Außerdem: Ein Verbot ist keine Problemlösung, sondern verschiebt das Problem nur auf einen späteren Zeitpunkt. Das ist doch Realitätsverweigerung.

Wir haben das hier bereits mehrfach gefordert, und ich betone es gerne noch einmal: Es braucht stattdessen konkrete und wirksame Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz. Ein Handyverbot oder das Verbot sozialer Medien schützt Kinder und Jugendliche nicht vor den Gefahren von Fake News, Desinformation, Gewaltinhalten oder Online-Mobbing. Im Gegenteil: Wer soziale Medien verbietet, verhindert, dass junge Menschen frühzeitig lernen, reflektiert und kritisch mit ihnen umzugehen. Aber nur so können sie sich zu mündigen Mitgliedern einer aufgeklärten Gesellschaft entwickeln.

Und wir können nicht ernsthaft in Erwägung ziehen, Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr die Teilnahme an sozialen Medien zu verwehren und ihnen dann an ihrem Geburtstag plötzlich den vollen Zugang zu gewähren – ohne sie jemals darauf vorbereitet zu haben. Mit 16 Jahren dürfen Jugendliche in diesem Land das Parlament wählen. Und wir wissen alle: Demokratie und Meinungsbildung finden längst auch im digitalen Raum statt. Wir müssen jungen Menschen Vertrauen entgegenbringen und sie befähigen, digitale Ressourcen zu ihrem Vorteil zu nutzen und Inhalte kritisch zu hinterfragen. Auch andere Maßnahmen wie eine Klarnamenpflicht oder Beschränkungen der Algorithmen könnten durchaus sinnvoll sein.

Lassen Sie uns also in einer Anhörung gemeinsam mit Expertinnen und Experten beraten, wie wir Jugendliche bestmöglich unterstützen können. Ein Verbot ist der falsche Weg. Was unsere Kinder und Jugendlichen stattdessen brauchen, ist Begleitung, Aufklärung und echte Bildung im digitalen Raum.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de